Fernsprech-Stellen
II Amt., 582 Neust.-Dresden

Abonnement vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 3.75. — Inserate werden bis 3 Uhr Nachmittags, Sonntags bis 12 Mittag, in Neustadt-Filialen, 6 Uhr an Wochentagen bis 5 Uhr Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg., für Mondstadt aber auch Reklamen 20 Pfg. Eine Gewähr auch für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht geboten. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerandozahlung oder Briefmarken od. Postanweisung. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., Invalidendank, Haasenstein & Vogler, Emil Müller Nachf., A. Retzdorff, Hamburg, Wien, Prag, Basel, Berlin W., A. Steiner, Hamburg, Wien, Teplitz. Für Aufgabe einzel. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dr. Treibich's
Augen-Heilanstalt
Dresden,
Pragerstrasse 43, II.
Sprechzeit: 10—12
und 3—4 Uhr.

Fernsprechstelle 348. British Hôtel u. Restaurant Fernsprechstelle 348.
schöne rauchfreie Localitäten.
Diners von 1 50 an, à la carte zu jeder Tageszeit.
Münchner, I. Culmbacher u. Plauenscher Lagerkeller.
ff. Weine. Prompte Bedienung.
Hochachtungsvoll
Ed. Gerdes, früher im Hôtel goldener Ring.

Carl Tiedemann
Lacke, Firnisse, Oelfarben eigener Fabrik
Seit 1833 Marienstrasse 27 seit 1833
Amalienstrasse 19. — Heinrichstrasse (Stadt Görlitz).

„Invalidendank"
Dresden, Seestrasse 20, I.
I. Annoncen-Expedition für alle Zeitungen.
II. Theaterbillet-Verkauf für die Dresdner Theater
III. Effecten-Controle unter Garantie.
IV. Collection der Sächs. Landeslotterie.

Prof. Jäger's Schlafdecken in Wolle und Kameelhaar à 12, 15, 18, 21 Mk., empfiehlt Osc. Lehmann, Schloss-Strasse 21.

**Nr. 312.** 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 8. Novbr.: Ostwind von mittlerer Stärke bei durchschnittlich geringer Bewölkung, ohne wesentl. Niederschläge. Kälter. Oertliche und zeitweise Nebelbildung. Charakter der Witterung im Laufe des Tages wechselnd.

Dresden, 1885. **Sonntag, 8. Novbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Das Ergebniß der preußischen Abgeordnetenwahlen ist sogar noch besser für die konservative Sache ausgefallen, als es die Wahlmännerwahlen erwarten ließen. Die beiden konservativen Fraktionen haben zusammen 15, die Nationalliberalen 4 Sitze erobert. Die Kosten dieser Siege werden zum größten Theil von den Deutschfreisinnigen bestritten, die 12 Sitze verloren; das Centrum büßte einen Platz ein, sein polnisches Hilfskorps 3; der Rest kommt auf die Wildliberalen, namentlich ist die „Volkspartei", die aus Frankfurt regelmäßig einen Mann schickte, ganz aus dem Abgeordnetenhause verschwunden. Die Konservativen haben ihr Ziel: für sich allein im Abgeordnetenhause die Mehrheit zu bilden, nicht erreicht, sind aber ihm beträchtlich näher gekommen. Es fehlen ihnen nur noch 12 Stimmen; diese werden sich leicht aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen beschaffen lassen. Hätte nicht die preußische Regierung die begabtesten Führer der Strengkonservativen bei den Wahlen bekämpft, so könnte sie sich jetzt, ohne Inanspruchnahme nationalliberaler Hilfstruppen, auf eine zielbewußte konservative Mehrheit stützen. Aber die kraß-manchesterlichen Aeußerungen, die sich in der „Norddeutschen" fanden, machten manchen preußischen Patrioten stutzig und hielten ihn von der Urne fern. In dieser Zeitung, die man als das Sprachrohr des Kanzlers anzusehen gewöhnt ist und nicht etwa in einem freihändlerischen Blatte, wurde gelegentlich der Sonntagsruhe und Feiertagsheiligung in der burschikosen Weise mit dem christlichen Katechismus und der christlichen Glaubenslehre umgesprungen. Hätten sich Aeußerungen über die Sonntagsheiligung, wie die der Norddeutschen, in einem Blatte Eugen Richters gefunden, so würde gar hurtig der Staatsanwalt eine Anklage wegen Gotteslästerung gezimmert haben. Aussprüche von so blasphemischer Natur in einer Zeit, wo unser frommer alter Kaiser nicht müde wird, auf Kräftigung des religiösen Sinnes im Volke zu dringen, mußten gerade in der Norddeutschen, in Verbindung mit ihrer jüngsten judenfreundlichen Haltung, auf das Volk geradezu verblüffend wirken. Es war nahe daran, daß sich im preußischen Volke die Meinung festsetzte, daß man es in gewissen der Regierung nahestehenden Kreisen für zulässig halte, die Vertretung der evangelischen Kirche, ihre Geistlichen und die christlichen Glaubenslehren zu schmähen, sobald nur die Synagoge unbehelligt bleibe. Ohne diesen Irrwahn wäre Hofprediger Stöcker mit besserer Wahrung der Aeußerlichkeiten in Bielefeld gewählt worden. Mit einer einzigen Stimme Mehrheit und erst im dritten Wahlgange gewählt, giebt er den Anblick eines Passagiers, der in den bereits im Gange befindlichen Eisenbahnzug mit Hub und Schub noch hineingepreßt wird, während diesem Vorkämpfer doch ein Separat-Koupé 1. Klasse gebührte. Sein Gegner war der Rechtsanwalt Windthorst, derselbe, welcher in der Gerichtsverhandlung über den bekannten Hödur-Prozeß sich in einer so wegwerfenden Weise über die Politik des Reichskanzlers äußerte, wie es selbst von Sozialdemokraten noch nicht gehört worden ist. Er sagte damals u. A.: „In der inneren Politik stehe ihm der Abg. Richter zehnmal höher, als der Fürst Bismarck." Und diesen Bismarck-Gegner unterstützten die Nationalliberalen, um nur nicht den Hofprediger in den Landtag kommen zu lassen! Stöcker ist zwar jetzt wieder drin; aber ein Verdienst der Regierung ist das nicht. Auch das Centrum hat ihn bekämpft, wahrscheinlich, weil ihm ein so gewaltiger Mann, aus den Reihen der evangelischen Christen hervorgegangen, unbequem ist.

Trotz gemeinsamen Anrufens des Papstes als Vermittler sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Spanien wieder recht gespannte geworden, gespannter sogar als früher. Graf Solms, der deutsche Botschafter, wartet nur auf eine Gelegenheit, Madrid zu verlassen. Der spanische Minister des Aeußern, Sennor Elduayan, ein ebenso windiger als ränkevoller Patron, fängt es beinahe darauf an, die deutsche Langmuth zu erschöpfen. In seiner letzten Note treibt er die Dreistigkeit soweit, zu schreiben: „Wenn die spanischen Schiffe es unterlassen haben, die Flagge auf Yap zu hissen, so habe das seinen Grund in der Ueberzeugung, daß es überflüssig war, da jene Inseln längst spanisches Territorium waren. Der ganze politische Feldzug sei vollständig überflüssig gewesen." In Folge dieser Note fiel seitens des Grafen Solms die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Zu dieser üblen Wendung stimmt das Verhalten des „vermittelnden" Papstes. Bekanntlich sollte, nach einer übereinstimmenden Meldung der klerikalen Hauptorgane, der Spruch des Papstes bereits gefällt sein und dessen unmittelbare Verkündigung bevorstehen. Seither ist schon eine Woche verflossen, aber statt des erwarteten Spruches erschien eine geschraubte Note, aus der deutlich zu ersehen war, daß irgend ein Hinderniß sich in den Weg gestellt hat. Der Spruch sollte hiernach allerdings fertig sein, aber der Papst behalte sich vor, denselben entsprechend neu eintretenden Verhältnissen zu verändern. Jedenfalls hat der heilige Vater von der schroffen Wendung, welche die Dinge genommen, erfahren und demgemäß seinen Vermittelungsspruch, den er schon zum Ueberreichen bereit in der Hand hielt, wieder in die Tasche gesteckt. Wozu aber unter solchen Umständen überhaupt noch eine Vermittelung?

Als Dr. Knotz und andere Deutsch-Böhmen im Wiener Reichsrath darüber Klage führten, daß der Nationalitätenhader in das österreichische Heer einzudringen beginne, fiel die slavische Preßmeute wüthend über diese „Verdächtiger" her. Jetzt hat in den Delegationen kein Geringerer als der Reichskriegsminister Graf Bylandt-Rheidt im Wesentlichen bestätigt, daß die Befürchtungen über den Rückgang der deutschen Sprache im österreichischen Heere begründet seien. Man kann diesen Kriegsminister nicht als „Armeeverderber, Kornblumenritter und Preußenjeuchler" à la Knotz abthun; vielmehr machen seine Darlegungen gerade wegen ihrer maßvollen Form und vorsichtigen Zurückhaltung um so tieferen Eindruck. Trotz seines Bestrebens, die Ecken seiner Erklärung abzuschleifen und ihre Kanten in Baumwolle zu wickeln, ist der Sinn der Worte des Kriegsministers überaus klar. Abg. Demel wollte wissen, wie es um die Kenntniß des Deutschen bei den Unteroffizieren bestellt sei? Der Kriegsminister antwortete ungefähr so: Dank der Nachfrage, bis jetzt geht's noch leidlich; wenn aber die Schulen, namentlich die Volksschulen, noch weiter nationalisirt werden, dann weiß ich nicht, wie ich Unteroffiziere, die des Deutschen mächtig sind, noch auftreiben soll. Graf Bylandt konnte wörtlich „seine patriotische Ueberzeugung nicht mehr unterdrücken, daß mit der Zeit sich die Verhältnisse verschlimmern". Er klagte nicht etwa, daß der Armee Rekruten zugeführt werden, welche des Czechischen, Polnischen ꝛc. zu wenig mächtig seien; an solchen ist kein Mangel. Aber betreffs der Armeesprache (und diese ist nun einmal in dem ganzen österreichischen und ungarischen Heere die deutsche) beginnt sich sein Blick zu verdüstern, wenn sein Auge in die Zukunft dringt. In den Volksschulen Oesterreichs wird das Deutsche jetzt vernachlässigt. Aus den Schuljungen werden mit den Jahren Rekruten, welchen die Bedeutung von „rechts" und „links" erst mühsam eingedrillt werden muß und aus den Rekruten werden Unteroffiziere, die wohl das Kommando nothdürftig verstehen, aber der Kommandosprache als solcher unkundig sind. Darin liegt die Gefahr für die Armee. Graf Bylandt gab das Mittel an, ihr zu begegnen. Machts wie in Ungarn! Dort wird das Deutsche obligatorisch gelehrt. Als Kriegsminister hat er zu wünschen, daß jeder Rekrut aus Böhmen Deutsch verstehe. Er will nicht, daß der militärpflichtige Bauerbursch aus Czechowien ein Schillersches Gedicht dialektfrei deklamiren könne; aber der junge Krieger aus dem Böhmerlande soll so viel Deutsch verstehen, als er in der Kaserne, auf dem Exerzierplatz und dem Schlachtfelde braucht. Ein Geist muß jedes gute Heer beseelen, ein Ruf von oben bis ins unterste Glied sich fortpflanzen und verstanden werden. Das kann nur in der deutschen Sprache geschehen. Mögen die Slaven zehnmal auf das Staatsgrundgesetz hinweisen, daß das Deutsche nicht mehr Recht auf Berücksichtigung habe, wie jede andere Landessprache — das Deutsche ist eben keine Landessprache wie das Czechische oder Polnische, es ist Weltsprache und die Sprache des Reiches und fordert als solche ihre Rechte. Diesem Gedanken gab der Kriegsminister Ausdruck — man hat anzunehmen: im Sinne des Kaisers Franz Joseph. Diesem ist das Heer ein unantastbarer Faktor für die Machtstellung der Monarchie, es ist sein Augapfel. Unsere deutschen Brüder hören aus der kriegsministeriellen Erklärung heraus, daß man höchsten Ortes den Slavisirungsbestrebungen ein „Bis hierher und nicht weiter!" zugerufen haben wollte. Graf Taaffe ist ja über sein ursprüngliches System infolge der Begehrlichkeiten der Slaven und Römlinge weit hinausgedrängt worden. Wohl besitzt er noch als Jugendfreund des Kaisers persönlich sein ungeschmälertes Vertrauen und er verdient es auch schon deshalb, weil Graf Taaffe ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Zehe ist und sich in den vielfach korrumpirten Verhältnissen der österreichischen Gesellschaft unantastbar rein erhalten hat; aber sein Regierungssystem birgt schwere Gefahren für Oesterreich. Sollte der soeben eingetretene Rücktritt des Unterrichtsministers, Baron Conrad, ein erstes Anzeichen sein, daß eine Wendung bevorsteht? Denn ihm ist es mit zuzuschreiben, daß in den Volksschulen Oesterreichs die Kenntniß des Deutschen so zurückging. Fiel der Unterrichtsminister infolge der düsteren Befürchtungen des Kriegsministers oder umgekehrt blos deshalb, weil er den Römlingen mitunter nicht genug that?

## Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 7. Novbr.

**Berlin.** Das „Berl. Tgbl." erhält aus Braunschweig die Mittheilung über einen Plan bezüglich des Ausgleiches zwischen der Welfenfamilie und dem König von Preußen, resp. dem Reiche. Der Herzog von Cumberland soll für sich und seinen ältesten Sohn und dessen Descendenz definitiv auf Braunschweig verzichten zu Gunsten seines jüngsten Sohnes, der von einem bestimmten Alter an unter Vormundschaft des Kaisers, resp. des Prinzen Albrecht von Preußen gestellt werden und für sich und seine Descendenz auf hannöversche Ansprüche verzichten soll. So glaubt man wenigstens den ältesten welfischen Besitz Braunschweig dem Welfenhause retten zu können, ohne sich dabei der Rechtsansprüche auf Hannover begeben zu müssen. — Der Prozeß Schmidt-Stöcker wurde heute in der Berufsinstanz durch Gerichtsbeschluß aufgehoben, nachdem Stöcker die Gerichtskosten übernommen und Schmidt erklärt hatte, auf weitere Schritte zu verzichten. — Das angekündigte Encyclion des Papstes über den Liberalismus wird im zweiten Theile die Pflichten der Katholiken über Staatsgewalt umschreiben. — Die Zeitungsmeldung, nach der es fraglich ist, ob der Chef der Admiralität v. Caprivi im Dienste verbleibt, ist unbegründet. Das Befinden Caprivi's hat sich bedeutend gebessert; derselbe hat vor einigen Tagen das Bett verlassen, empfängt Besuche und macht Zimmerpromenaden.

**Straßburg.** Der Statthalter empfing heute das Präsidium des Landesausschusses und erwiederte auf die Ansprache des Präsidenten: Ich danke Ihnen für die freundliche Begrüßung und erwiedere dieselbe mit dem herzlichen Ausdruck der Freude, Männer persönlich kennen zu lernen, von deren Hingebung an die Interessen der Mitbürger und Sachkunde gemeinnütziger Wirksamkeit ich schon seit Jahren Kenntniß hatte. Ich hoffe, Sie werden den neuen Statthalter, welchem die Verhältnisse des Landes noch wenig bekannt sind, mit Ihrem Rathe unterstützen.

**Wien.** Der stattgehabte Wechsel im Unterrichtsministerium erregt großes Aufsehen. Der neuernannte Minister Gautsch ist erst 34 Jahre alt und war vor 6 Jahren Vicesekretär im Unterrichtsministerium und wurde vor 5 Jahren zum Regierungsrath und Direktor der theresianischen Akademie ernannt. Er hat einen ausgezeichneten Ruf als tüchtiger Fachmann im Unterrichtswesen. Politisch ist er in keiner Weise und für keine Partei engagirt, doch spricht seine Vergangenheit dafür, daß er die deutsche Sprache in der Schule nicht verkürzen lassen werde.

**Paris.** Grevy hat das Demissionsgesuch des Ministeriums abgelehnt, weil das Kabinet der durch die Wahlen geschaffenen neuen Lage entspreche und beschloß in Folge dessen das Ministerium vor den Kammern zu erscheinen und nur Ersatz für die beiden nicht wieder gewählten Minister eintreten zu lassen. — In Abgeordnetenkreisen diskutirt man die Errichtung eines Postens eines Vizepräsidenten der Republik. — Aus Annam kommen neue Berichte über Christenverfolgung. Bei Bukding wurde ein Missionär lebendig geschunden und dann geköpft. — Der „Matin" theilt eine Unterredung seines Korrespondenten in Sofia mit dem dortigen russischen Geschäftsträger Cantacuzene mit. Letzterer versicherte, Rußland werde in Bulgarien niemals englischen Einfluß dulden und eher das Land militärisch besetzen.

**Petersburg.** Die Ordre betreffs der Streichung des Bulgarenfürsten aus der Armeeliste ging direkt von der Kabinetskanzlei des Zaren aus und überraschte sogar die kaiserliche Familie und die Minister. Es heißt, der diplomatische Agent Bulgariens werde in kürzester Frist Petersburg verlassen.

Die **Berliner Börse** eröffnete im Anschluß an die niedrigen auswärtigen Notirungen schwach. Ueber das Resultat der Botschafterkonferenz herrschten pessimistische Auffassungen. Spekulative Banken waren angeboten und schwächer, deutsche Bahnen gleichfalls schwach, österreichische sehr still, aber gut behauptet. Fremde Fonds waren mit Ausnahme von Serben schwächer, Montanwerthe in Folge pessimistischer Eisenberichte gedrückt. Im Kassaverkehre herrschte wenig Leben bei vorwiegend schwacher Tendenz. Nur Industrien waren reger und mehrfach steigend, österreichische Prioritäten still und fest, Privatdiskont 2⅛.

**Frankfurt a. M.**, 7. November. Credit 226¾. Staatsbahn —,—. Lombarden 104 .. Galizier 182 .. Gaypter 65 .. 4proz. Ungar. Goldrente 78,68. Gotthardbahn —,—. Disconto 190,81. Darmstädter —. Still

**Wien**, 7. November. Credit 281,30. Staatsbahn 273,40. Lombarden 128,25. Nordwestb. 167,00. Marknoten 61,82. Ung. Credit 285,50. — Fest.

**Paris**, 7. Novbr. Schluß. Rente 79,60. Anleihe 107,87. Italiener 95,85. Staatsbahn 556 25. Lombarden 270. do. Prioritäten —,—. Spanier 55,90. Oest. Goldrente —. Egypter 318,00 exkl. Ottomanen 491. Fest.

**London**, 7. November, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 100⅛. 1873er Russen 94¾. Italiener 95. Lombarden 10 .. Konv. Türken 13¹/₁₆. 4proz. fundirte Amerikaner 127¾. 4proz. Ungar. Goldrente 79¾. Oesterr. Goldrente 87. Preuß. Consols 105¾. Egypter 82 .. Ottomanbank 97. Suez-Actien 79¹/₁₆. — Stimmung: Träge. Wetter: Trübe.

**Stettin**, 7. Nov., Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen behauptet, loco 140—150, pr. November-December 152,00, pr. April-Mai 164,00. Roggen fest, loco 120,00—130,00, pr. November-December 131,00, pr. April-Mai 137,00. Rüböl behauptet, loco pr. Nov.-Decbr. 44,70, pr. April-Mai 46,00. Spiritus flau, loco 36,50, pr. November-December 36,30, pr. December-Januar 36,30, pr. April-Mai 38,30. Petroleum loco 8,10.

**Breslau**, 7. November, Nachm. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 Proc. pr. November-December 36,10, pr. April-Mai —,—, pr. Mai-Juni 37,80. Weizen pr. November —,—. Roggen pr. November-December 132,00, pr. April-Mai 128,00, pr. Mai-Juni 140,00. Rüböl loco pr. November 46,00, pr. Nov.-Dec. —,—, pr. April-Mai 47,00. Zink unfatzlos. — Wetter trübe.

Wintermäntel
gut und billig im Neustädter Damenmäntel-Geschäft von
14 Heinrichstr. Richard Ulbricht Heinrichstr. 14.

## Lokales und Sächsisches.

— Polizeileutnant Knobloch in Leipzig erhielt das Verdienstkreuz.

— Der bisher der deutschen Botschaft in Rom als Militärattaché beigegebene Herr v. Zehmen erhielt die Stelle eines kaiserlichen Legationssekretärs in Teheran. Herr v. Zehmen ist, wenn wir nicht irren, Sohn des Präsidenten der 1. Kammer und stand früher bei den zweiten Ulanen in Rochlitz.

— Der Vorstand des städtischen Finanzwesens, Herr Bürgermeister Bönisch, hat an den Rath einen Vortrag erlassen über die von der Stadt angesichts der in der nächsten zehnjährigen Finanzperiode erforderlichen bedeutenden außerordentlichen Ausgaben zu erhebenden neuen Anleihe, welche nach seiner Berechnung sich auf fünfzehn Millionen beziffern muß. Dieselben werden zu folgenden Zwecken verwendet werden: 5 Mill. zu Schulbauten; 3 Mill. zum Badergassen-Durchbruch und der König-Johannstraße; ca. 2694,000 M. zum Bau der Ringstraße; 1 Mill. zum Neubau des Realgymnasiums und einer höheren Mädchenschule in der Neustadt; 3 Mill. zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes an Stelle des alten Jakobshospitals, Erweiterung des Altstädter Rathhauses, Errichtung von Markthallen, einer Konzert- und Ausstellungshalle, zu Veränderungen der Bahnhofs- und Eisenbahnanlagen ꝛc. Nach dem Anschlage im Monat März war diese in Aussicht genommene Anleihe auf 16 Mill. Mark berechnet.

— Viel Anregung und Belehrung bot die vorgestern Abend im Sitzungssaale der Stadtverordneten unter Vorsitz des Herrn Konsistorialrath Dr. Dibelius abgehaltene Diözesanversammlung der Ephorie Dresden I. Nach einem einleitenden Gesange, Gebet und kurzer Ansprache, in welcher der Herr Vorsitzende die von 200 Herren besuchte Versammlung begrüßte, in der wir außer den Herren Oberbürgermeister Dr. Stübel, Bürgermeister Bönisch, den Vertreter des Kirchenpatronates Herrn Stadtrath Grobowsky mit vielen seiner Kollegen, ferner den früheren Ephorus, Herrn Konsistorialrath Dr. Franz bemerkten, erfolgte ein interessanter Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände der Ephorie. Herr Dr. Dibelius theilte mit, wie Dresden im ganzen deutschen Vaterlande und darüber hinaus den Ruf einer kirchlichen Stadt genieße. Bei dem rapiden Wachsthum unserer Stadt sei eine strikte Befolgung des Spruches: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen" um so dringender geboten. Während 1868 Dresden 152,500 evangelisch-lutherische Christen in 4 Parochien mit 12 Kirchen und 28 Geistlichen zählte, ist heute die Zahl der evangelisch-lutherischen Christen um 68,000 gestiegen; wir zählen 10 Parochien, 29 Kirchen und 41 Geistliche. Als offene Gegner der evangelisch-lutherischen Kirche tritt der Sozialismus und das Sektenthum auf. Hierauf beleuchtete der Herr Vorsitzende die Wege und Mittel, die das kirchliche Leben zu heben vermögen, indem er 1) die äußere Gestaltung der Kirchen, 2) die Gottesdienste, 3) Zeugnisse des evangelischen Glaubens besprach. Es sei eine Hauptaufgabe der Kirche, die Parochien zu verkleinern, denn dann erst könne der Geistliche in persönlichen Verkehr mit seinen Gemeindegliedern treten. Zur Zeit trifft man bei uns Vorbereitungen, drei neue Parochien zu bilden. Erbauung von Kirchen sei ein zweitnothwendiger Schritt. Die Vorstädte dürften nicht ohne Kirchen bleiben, Gotteshäuser seien hier um so nöthiger, da in Großstädten die Armuth mehr und mehr in die Peripherie gepfercht werde und auch die reichen Villenbesitzer des Gotteswortes bedürften. In Dresden sei die christliche Kunst zu Hause, wie die Namen eines Rietschel, Schnorr v. Carolsfeld und Ludwig Richter beweisen. Da müsse auch die christliche Baukunst mehr geweckt werden, von 29 Gottesdienststätten besäßen nur 8 Thürme. Hierauf richtete sich Herr Dr. Dibelius gegen das Chaos, das in den öffentlichen Kirchennachrichten, an deren Spitze die Synagoge marschirte, herrsche. (Wir kommen auf diese Frage weiter unten zurück.) Die Nachmittags- und Abendgottesdienste, desgl. die Abendkommunionen hätten sich gut bewährt. In Blasewitz und Löbtau hätten die Herren Diakonen Morgenbesser und Waldbach das Verdienst, für Pferdebahnbedienstete, die des Sonntags behindert seien, eine Wochenkommunion eingeführt zu haben. Der Kindergottesdienst war allsonntäglich von 3000 jugendlichen Seelen besucht. Wenn auch im Hauptgottesdienst die Predigt den Mittelpunkt bilden sollte, so müsse doch mehr Werth auf die Liturgie gelegt werden. In unserer Kirche dürfe nichts Todtes sein. Ferner ging aus den Mittheilungen hervor, daß gegen den Urheber der sozialdemokratischen Demonstration am 17. Febr. auf dem Kirchhofe zu Löbtau eine Geldstrafe von 60 Mk. ausgesprochen worden ist. Gegen die deutsch-kath. Redner, die am 28. Septbr. bei dem Begräbniß des Prof. Wigard weiteres Aergerniß erregten, ist Anzeige erstattet worden. Die evangelischen Jünglingsvereine seien ein wirksames Mittel gegen Rom und die Sekten. — Im verflossenen Jahre wurden 8414 Kinder geboren, darunter 1546 uneheliche; es fanden 117 Eheschließungen statt, 42 Selbstmorde waren zu verzeichnen und je 2 Trau- und Taufverweigerungen. An Collecten wurden 6407 Mk. 23 Pfg. gesammelt, an Legaten erhielten u. A. die Frauenkirche 1500 Mk., die Dreikönigskirche desgl., die Annenkirche 300 Mk. Mit nachträglichen Dankesworten an die Herren Stadtverordneten für Ueberlassung des Saales — die Tribünen waren dicht von Zuhörern beiderlei Geschlechts besetzt — schloß Herr Dr. Dibelius seinen Bericht mit dem Wunsche, daß Dresden der Ehrenname einer kirchlichen Stadt erhalten bleiben möge. Hierauf nahm Herr Kirchenvorsteher Schulrath Heger (Johanneskirche) zur